



Schlomo Sand

<https://www.haaretz.com/.premium-why-the-sudden-concern-over-racism-1.6316834>

Warum die plötzliche Aufregung über Rassismus?

Die Lösung, die nunmehr am Horizont sichtbar wird, läuft darauf hinaus, das in den besetzten Gebieten schon seit fünfzig Jahren eingeführte Apartheidsregime auszuweiten und auf den gesamten Staat Israel anzuwenden.

Ich verfolge die Reaktionen der Öffentlichkeit auf das neue Nationalstaat-Gesetz und habe das Gefühl als würde ich etwas übersehen. Ich versuche, zu verstehen, aber es will mir nicht so recht gelingen. Der Aufschrei von Journalisten, Essayisten, Juristen und Persönlichkeiten aus dem Literaturleben, dass dies ein rassistisches Gesetz sei, das den Geist des traditionellen Zionismus verletzt, scheint ehrlich und echt zu sein. Aber nachdem die Regelung beseitigt war, durch die die Einrichtung getrennter Kommunen nur für Juden ausdrücklich verfassungsrechtliche Legitimität erhalten sollte, scheint es mir, dass keines der anderen Elemente des Gesetzes, einschließlich des Geruchs nach Arroganz, der durch die Wortwahl hervorgerufen wird, in signifikanter Weise vom überlieferten Mainstream-Zionismus abweicht.

Hat sich irgendeiner der Leute, die gegen das Gesetz protestieren, gefragt, ob das zionistische Unternehmen ohne eine ethnozentrische Politik, die bei Journalisten und der Allgemeinheit als Rassismus bekannt ist, überhaupt durchführbar gewesen wäre? Anders ausgedrückt, hätten die führenden zionistischen Persönlichkeiten nicht vom frühen 20. Jahrhundert an dafür gesorgt, dass die Siedlungen rein jüdisch waren, und hätten sie nicht versucht sicherzustellen, dass die einheimische arabische Bevölkerung an den Plänen, „die Wüste zum Blühen zu bringen“ nicht beteiligt wurde, hätte dann die Infrastruktur zum Aufbau einer ausschließlich jüdischen Gesellschaft jemals entstehen können?

Im Jahr 1917, als Lord Balfour seinen berühmten Brief an Lord Rothschild sandte, lebten 700.000 Araber und nicht einmal 70.000 Juden in Palästina, und etwa die Hälfte der Juden waren ultra-orthodoxe Anti-Zionisten. Eine aufgeschlossene nationale Politik, die eine Integration der einheimischen Bevölkerung in das Projekt der „Wiedergewinnung des Landes“ angestrebt hätte, hätte das zionistische Projekt schon in den Kinderschuhen erdrosselt. Deshalb, und vielleicht nicht zufällig, war Arthur Ruppin, jener talentierte Vater der jüdischen Besiedlung, jener feinsinnige Intellektuelle, der zeitweise der Brit-Shalom-Bewegung angehörte, ein offen rassistischer Denker.

Selbst die linksgerichtete Hashomer-Hatzair-Bewegung, die an dem Slogan von der „Bruderschaft der Nationen“ festhielt und ziemlich lange die Idee eines binationalen Staates befürwortete (natürlich unter der Bedingung einer jüdischen Mehrheit), wäre nicht bereit gewesen, Einheimische in ihre Kibbutzim aufzunehmen. Ihre Mitglieder wussten, ebenso wie die übrige zionistische Linke, sehr genau, wie sie sich zu verhalten hatten, und wir müssen zugeben, dass sie recht hatten: Um die nationale Vision Wirklichkeit werden zu lassen mussten sie nicht nur ausschließlich jüdische Siedlungen befürworten, sondern mussten den Neuankömmlingen auch immer noch mehr Land zuweisen, das den Einheimischen gehörte.

„Immer noch ein Dunam, immer noch eine Ziege“ war das erste Gebot der neu entstehenden Gesellschaft, und die meisten Dunams, die sie bewirtschafteten, wurden nicht durch die Trockenlegung der Sümpfe gewonnen. Das Prinzip der „hebräischen Arbeit“, das den Zweck hatte, so viele arabische Arbeiter wie möglich aus dem jüdischen Arbeitsmarkt zu verdrängen, komplettierte das Landgewinnungs-Unternehmen.

Dennoch war die Wiedergewinnung des Landes bis zum Unabhängigkeitskrieg von 1948 keine Erfolgsgeschichte. Am Ende gelangte nur wenig mehr als 10 Prozent des Landes in jüdische Hände. Aber dann kam der Krieg und rettete die Situation.

Die Vertreibung oder Flucht von 750.000 Einheimischen stellte eine sehr viel signifikantere Wiedergewinnung von Land dar. Die Felder und Obstgärten, die ursprünglich von einheimischen Bauern bewirtschaftet worden waren und die später als „Eigentum von Abwesenden“ bezeichnet

wurden, wurden den Kriegsflüchtlingen nicht zurückgegeben. Sie durften weder zurückkehren noch wurden sie kompensiert.

Das so gewonnene Land wurde augenblicklich dem neuen Staat Israel übertragen. Die neue demokratische Staatsmacht hielt es für gerechtfertigt, den Großteil des Landes dem Keren Kayemetz LeIsrael – dem jüdischen Nationalfond zu übergeben, dessen Grundbesitz bis heute nicht allen israelischen Staatsbürgern gehört, sondern dem jüdischen Volk, wo immer es sich befindet.

Am Vorabend des Krieges besaß der KKL – JNF etwa 900.000 Dunam (1 Dunam = 1.000 qm). 1950 waren es bereits 3,5 Millionen Dunam. Von diesem Zeitpunkt an bis heute war es ihm untersagt, diesen nationalen Besitz zu verkaufen – er kann ihn nur verpachten – und nur an Juden.

Seit damals wurde immer mehr Land enteignet, das zuvor die einheimischen Bauern bewirtschaftet hatten, und auf diesem Land wurden etwa 700 jüdische Gemeinden gegründet. Zugegebenermaßen wurden auch ein paar Städte für Beduinen gebaut, damit sie nicht unkontrolliert auf dem Territorium des jüdischen Staates herumzogen. Aber für Israels palästinensische Staatsbürger wurde nicht eine einzige Stadt oder Gemeinde gebaut. Slogans wie „Judaisierung von Galiläa“ oder „Judaisierung des Negev“ wurden sowohl von der Rechten wie von der Linken so bedenkenlos akzeptiert, dass niemand auf die Idee kam, sie könnten einen rassistischen Beigeschmack haben.

Wohlmeinende Liberale werden dennoch und mit Recht entgegnet, man könne 1948 und selbst 1958 nicht mit 2018 vergleichen. Die territoriale Kontinuität, die damals erreicht wurde, ermöglichte die Gründung eines souveränen Staates für leidgeprüfte Juden nach dem Genozid der Nazis, und deshalb musste der Zionismus rassistisch sein. (Diese Überzeugung veranlasste den Atheisten Ben-Gurion, den religiösen Juden das Monopol für Eheschließungen und Scheidungen einzuräumen, um eine Assimilierung von Nicht-Juden, die der Himmel verhüten möge, unmöglich zu machen). Jetzt, wo die Souveränität konsolidiert ist, sagen sie, gibt es keine Rechtfertigung für eine Fortsetzung dieser Politik.

Um unser Land zu stärken müssen wir deshalb danach streben, es in die Richtung zu einer säkularen, egalitären Demokratie zu drängen, die sich das Wohl aller ihrer Bürger und nicht nur der Juden zum Ziel setzt. Das jetzige Nationalstaatsgesetz, das ein legitimer Spross der zionistische Tradition ist, verhindert diesen Prozess der Israelisierung.

Dieses logische liberale Argument könnte sogar sinnvoll sein, wenn Israel nicht die Gebiete besetzt hätte, die es 1967 erobert hat. Die Besetzung erzwang eine jüdische Souveränität nicht nur über die Altstadt von Jerusalem, den Tempelberg und Hebron, die Stadt unserer Vorväter, sondern auch über zusätzliche Massen von ursprünglichen Bewohnern des Landes, die heute rund 5 Millionen zählen. Angesichts dieser demographischen Menge, musste die jüdisch-zionistische Identität erneut geschützt und abgegrenzt werden – nicht nur mit Hilfe von Betonmauern und Stacheldraht, sondern auch durch Verfestigung des nationalen Charakters des Staates.

Hier stellt sich allerdings die Frage: Wenn Israel sich als jüdischen Staat erhalten möchte, warum versuchte es dann nicht, sich von „Judäa und Samaria“ zu befreien?

Die Gründe, aus denen Israel nicht auf die besetzten Gebiete verzichten kann, sind zu zahlreich, um sie alle hier aufzuzählen. Deshalb werde ich hier nur zwei davon erwähnen. Erstens werden die Palästinenser niemals auf die Souveränität über die Al-Aqsa-Moschee verzichten, aber ich kann mir auch keinen israelischen Staatschef vorstellen, der es wagen würde, auf den Tempelberg zu verzichten, oder der auch nur in der Lage wäre, die jüdische Siedlung in Hebron aufzulösen. Die Siedlungsbewegung hat den Traum der zionistischen Linken von zwei Staaten, einem israelischen und einem palästinensischen, oder auch nur von einem und einem halben Staat, von der Tagesordnung verdrängt.

Zweitens muss auch diese Wahrheit gesagt werden: Einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 zu errichten wäre keine Lösung für das Kardinalproblem, das die zionistische Linke jahrelang zu ignorieren versucht hat. Einen palästinensischen Nationalstaat an der Seite Israels zu gründen, das selbst darauf besteht, sich als Nationalstaat des jüdischen Volkes zu sehen, würde mit Sicherheit bei den palästinensischen Israelis irredentistisches Denken hervorrufen (eine politische Ideologie, der zufolge politische und nationale Grenzen identisch sein müssen).

Die palästinensischen Israelis stellen 21 Prozent der Bevölkerung Israels dar, und trotz der intensiven Judaisierung Galiläas sind sie dort nach wie vor die Mehrheit. Wenn Israel weiterhin für sich in Anspruch nimmt, der Staat eines Volkes zu sein, das über die ganze Welt verstreut ist, und nicht der Staat aller seiner Bürger, warum sollten dann die ursprünglichen Bewohner von Galiläa nicht zu irgendeinem Zeitpunkt beschließen, aus Israel auszubrechen und ihre Gemeinden und die Überreste ihres Landes an ihren eigenen Nationalstaat anzuschließen? Würden die Brosamen von materiellen Vorteilen, die ihnen zugeworfen werden, sie auf die Dauer zufriedenstellen?

Die Lösung, die nunmehr am Horizont sichtbar wird, läuft darauf hinaus, das in den besetzten Gebieten schon seit 50 Jahren eingeführte Apartheidsregime auszuweiten und auf den gesamten Staat Israel anzuwenden, wenn sich der Konflikt intensivieren sollte. Offensichtlich wird das auch die Kultivierung von Bantustans von Kollaborateuren und die Aufrechterhaltung der letzten Reservate für die feindlichen Ureinwohner im Süden einschließen.

Und wenn das nicht geschieht gibt es immer noch die Alternative eines Transfers. Das wurde schon in der Vergangenheit versucht und hat sich als außerordentlich erfolgreich erwiesen. Aber dafür würde man einen größeren Krieg benötigen, und meine Vorstellungskraft reicht nicht aus, auch nur zu erraten, wie man einen solchen Krieg beginnen könnte und wie er enden würde.

Von Schlomo Sand - Übersetzung von Sigrid Langhaeuser

Shlomo Sand ist Historiker und Professor Emeritus an der Universität von Tel Aviv.

[https://www.d-a-g.de/index.php?id=41&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=1307&cHash=97976c1f5c5f5ed67226d8e136fbefc1](https://www.d-a-g.de/index.php?id=41&tx_ttnews%5Btt_news%5D=1307&cHash=97976c1f5c5f5ed67226d8e136fbefc1)

## **Englischsprachiger Originalartikel Schlomo Sands in Ha'aretz**

### **Opinion // Why the Sudden Concern Over Racism?**

The solution that's now visible on the horizon involves expanding the apartheid regime that has been in place in the territories for 50 years already and applying it to the entire state of Israel

Shlomo Sand

I keep reading the public reactions to the new nation-state law and feeling like I'm missing something. I'm trying to understand, but having trouble doing so. The outcry from journalists, essayists, jurists and literary figures about how this is a racist law that violates the spirit of traditional Zionism seems sincere and genuine. But it seems to me that once the provision meant to give explicit constitutional legitimacy to the establishment of separate communities for Jews was removed, none of the law's other elements, including the whiff of arrogance emanating from its wording, deviates significantly from the legacy of mainstream Zionism.

Did any of the people protesting against the law ask himself whether the Zionist enterprise could have come into being without ethnocentric politics, which are journalistically and popularly known as racism? In other words, had Zionist leaders from the early 20th century onwards not made sure their settlements would be purist and not tried to ensure that the

Arab natives wouldn't be included in plans to "make the desert bloom," would the infrastructure for constructing an exclusive Jewish society ever have arisen?

In 1917, when Lord Balfour sent Lord Rothschild his famous letter, there were 700,000 Arabs and fewer than 70,000 Jews in Palestine, and about half the Jews were ultra-Orthodox anti-Zionists. An open-minded national politics that sought to integrate the natives into the project of "redeeming the land" would have killed the Zionist project in its infancy. Therefore, and perhaps not by chance, Arthur Ruppin, that talented father of Jewish settlement, that refined intellectual who at one time belonged to the Brit Shalom movement, was an openly racist thinker.

Even the left-wing Hashomer Hatzair movement, which clung to the slogan "the brotherhood of nations" and advocated the idea of a binational state for quite some time (on condition that it be majority Jewish, of course), wouldn't agree to let the natives join its kibbutzim. Its members, like the rest of the Zionist left, understood how they were supposed to behave, and we must admit that they were right: To realize the national vision, they not only had to encourage exclusively Jewish settlement, but also to transfer ever more land from the locals to the newcomers.

"Another dunam, another goat" was the supreme commandment of the new society in the making, and most of those cultivated dunams weren't created by draining the swamps. The principle of "Hebrew labor," which was meant to remove as many Arab workers as possible from the Jewish labor market, complemented the land enterprise.

Nevertheless, until the War of Independence in 1948, redeeming the land was not a success story; only slightly more than 10 percent of the land ended up being transferred to Jewish hands. But then the war came along and saved the situation.

The expulsion or flight of 750,000 natives led to a much more significant redemption of land. The fields and orchards that had previously been cultivated by local farmers, which were later dubbed "absentee property," weren't restored to those who fled the battles, who were neither allowed to return nor compensated.

These lands were immediately transferred to the new state of Israel. The new democratic sovereign power saw fit to transfer most of them to the Keren Kayemeth LeIsrael-Jewish National Fund, whose real estate even today doesn't belong to all Israeli citizens, but to the Jewish people wherever it is.

On the eve of the war, KKL-JNF had about 900,000 dunams (225,000 acres). By 1950, it already controlled almost 3.5 million dunams. And from that day to this, it has been forbidden to sell this national asset; it

can only lease it – and only to Jews.

Since then, more and more land has been expropriated from the farmers who used to work it, and about 700 new Jewish communities were established on this land. True, a few towns for Bedouin were also established, so that they wouldn't roam unsupervised through the territory of the homeland. But not one single community was established for Israel's Palestinian citizens. Slogans like "Judaizing the Galilee" and "Judaizing the Negev" were so accepted by both the left and the right that no one ever thought they might have racist connotations.

Still, high-minded liberals will retort, and rightly, you can't compare 1948 or even 1958 to 2018. The territorial contiguity achieved back then enabled the establishment of a sovereign state for distressed Jews after the Nazi genocide, and therefore Zionism had to be racist. (This view even led the atheist David Ben-Gurion to give religious Jews a monopoly over marriage and divorce, so as to prevent, heaven forbid, assimilation with non-Jews.) Now that this sovereignty has been consolidated, they'll say, there's no justification for continuing this policy.

Thus, to strengthen the country we must strive to tilt it in the direction of a secular, egalitarian democracy that will promote the welfare of all its citizens, not just the Jews. The current nation-state law, which is the legitimate offspring of the Zionist tradition, is preventing this process of Israelization.

This logical liberal argument might have been meaningful had Israel not occupied the territories it conquered in 1967. The occupation imposed Jewish sovereignty not just on the Old City of Jerusalem, the Temple Mount and Hebron, the city of our forefathers, but also on additional masses of natives, who today number around five million. Given this demographic mass, Jewish-Zionist identity once again felt a need to protect and separate itself – not just through concrete walls and barbed-wire fences, but also by entrenching the state's national character.

Here, however, a question arises: If Israel wants to maintain itself as a Jewish state, why doesn't it try to liberate itself from "Judea and Samaria"?

Israel can't abandon the territories for reasons too numerous to list here, so I'll mention only two. First, the Palestinians won't concede sovereignty over Al-Aqsa, but I can't imagine any Israeli leader who would dare concede the Temple Mount, or even one who would be capable of uprooting the Jewish settlement in Hebron. The settlement drive has pushed the Zionist left's dream of two states, Israeli and Palestinian – or even a state and a half – off the agenda.

Second, the truth must be told: Establishing a Palestinian state in the

1967 lines wouldn't solve the cardinal problem that the Zionist left has been trying to ignore for years. Establishing a Palestinian nation-state alongside Israel, which insists on seeing itself as the nation-state of the Jewish people, would be a guaranteed spur to irredentism (a political ideology that seeks to make political borders identical to national ones) among Palestinian Israelis.

Palestinian Israelis constitute 21 percent of Israel's population, and despite the intensive Judaization of the Galilee, they're still a majority there. If Israel continues to claim it's the state of a people scattered throughout the world, rather than just a state of its citizens, why shouldn't the Galilee's natives decide, at some point or another, to break away from Israel and link their communities and what's left of their lands to their own nation-state? Will the crumbs of material benefits that are thrown to them satisfy them over the long run?

The solution that's now visible on the horizon involves expanding the apartheid regime that has been in place in the territories for 50 years already and applying it, should the conflict intensify, to the entire state of Israel. Obviously, this will also include cultivating Bantustans of collaborators and maintaining the existence of the last reservation for the hostile natives down south.

And if this doesn't happen, there's always the alternative of transfer; it was tried in the past and proved very successful. But for that, a major war would be needed, and my imagination isn't fertile enough even to guess how one might start, much less how it will end.

Shlomo Sand is a historian and professor emeritus of Tel Aviv University.

<https://www.haaretz.com/.premium-why-the-sudden-concern-over-racism-1.6316834>